

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 31 / 58. Jahrgang, Montag, 27. August 2007

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Rock im Regierungsviertel

Rheinland-Pfalz Open Air lockt 60 000 Musikfans nach Mainz



Begrüßung auf der großen Bühne.

Bild: Piel

Rock- und Pop-Größen wie US-Sängerin Rihanna oder Rapperin Sabrina Setlur, ein Surfsimulator und bestes Wetter: Das von RPR1. organisierte Rheinland-Pfalz Open Air 2007 hat nach Angaben der Polizei zirka 60 000 ausschließlich friedliche Musik- und Spaßhänger in das Mainzer Regierungsviertel gelockt.

Im abgesperrten Regierungsviertel, rund um Landtag und Staatskanzlei und zwischen den Landesministerien, rockten die Musikfans bei freiem Eintritt am Nachmittag mit dem Duo Ich+Ich und der Band Menschenskind. Neben Rihanna („Umbrella“) und Setlur sorgte auch die österreichische Sängerin Christina Stürmer für Stimmung am letzten Wochenende der rheinland-pfälzischen Sommerferien. Ministerpräsident Kurt Beck stellte eine Neuauflage der Veranstaltung im nächsten Jahr in Aussicht. Auf der Bühne sagte er: „Das ist das zehnte Open Air, das dritte mit RPR1., und wenn ihr auch ein elftes erleben wollt, stimmen wir doch mal ab, wie sich das in einer Demokratie gehört“, rief Beck dem Publikum zu. Nach lautem Applaus und Geschrei sagte er:

„Das hört sich doch einstimmig an.“

Am Rand der Veranstaltung konnten sich Jugendliche auf einer Ausbildungsmeile über ihre Zukunftschancen informieren, auf der sich regionale Unternehmen wie Schott und Boehringer Ingelheim, aber auch die Mainzer Universität und das ZDF präsentierten. Laut Wissenschaftsministerium wurden rund 340 Berufsbilder erklärt. In Rheinland-Pfalz seien noch etwa 5000 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Eine weitere Auflage des Freiluft-Festivals im nächsten Sommer ist laut RPR1.-Geschäftsführer Christian Mager bereits „mit Handschlag“ besiegelt. Insgesamt kostete die Veranstaltung einen „deutlich sechsstelligen Betrag“. Staatskanzlei und Landtag geben einen Zuschuss. Außerdem unterstützen Sponsoren wie die Adam Opel GmbH, die Bitburger Braugruppe, die Deutsche Angestellten Krankenkasse die Sparda Bank Südwest, der Rheinland-Pfalz Takt und die Schwäbchen Molkerei das Fest. Medienpartner des RPR1. waren neben bigFM und Rockland Radio die Allgemeine Zeitung Mainz, die Rhein-Zeitung und die Rheinpfalz.

Kurze Wege und Synergieeffekt

Neues Justizzentrum soll bis Mitte 2009 in Koblenz entstehen

Ein Justizzentrum für sieben Behörden mit rund 450 Mitarbeitern soll bis Mitte 2009 in Koblenz entstehen. Das kündigte Justizminister Heinz Georg Bamberger in Koblenz an. Investor ist eine Versicherung, der Baubeginn soll im Frühjahr 2008 sein. Die Justiz werde die Räume anmieten. In das Gebäude auf dem Deinhard-Gelände in der Innenstadt sollen der Verfassungsgerichtshof, das Oberverwaltungsgericht und das Verwaltungsgericht sowie das Arbeitsgericht, das Sozialgericht, die Generalstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft ziehen. Die Koblenzer Justiz klagt seit Jahren über Raumnot.

Die Provinzial-Versicherung investiert

mindestens 20 Millionen Euro auf dem brach liegenden Gelände, das bislang zur Sekt- und Weinkellerei Deinhard gehört, die Teil des Konzerns Henkel & Söhnlein ist. Nach Darstellung des Ministers soll ein langfristiger Mietvertrag abgeschlossen werden. „Wir denken an 25 Jahre.“ Das Justizzentrum wird voraussichtlich eine Mietfläche von 8000 Quadratmetern haben. Die Verhandlungen zu dem Projekt sind aber noch nicht abgeschlossen. Bamberger erhofft sich neben kurzen Wegen zwischen den Gerichten und Staatsanwaltschaften vor allem auch Synergieeffekte: So könnten die Behörden eine gemeinsame Bibliothek und Wachtmeisterei nutzen.

Kinder-Patientenakte im Test

Ministerin Dreyer stellt landesweites Modellprojekt vor

Eine elektronische Patientenakte für Kinder als weiterer Baustein zur Förderung der Kindergesundheit soll vom kommenden Jahr an flächendeckend im Land getestet werden. Ziel dieses landesweiten Modellprojekts sei es, eine medizinische Dokumentation wichtiger Gesundheitsdaten von Kindern bis zur Einschulung zu bekommen, die beteiligten Ärzte, Krankenhäuser und Hebammen besser zu vernetzen und so die Behandlung der Kinder bei Erkrankungen zu verbessern oder unnötige Doppeluntersuchungen zu vermeiden, sagte Gesundheitsministerin Malu Dreyer in Mainz.

Für das Projekt soll den Eltern aller Neugeborenen des Jahrgangs 2008 in Rheinland-Pfalz auf freiwilliger Basis

und kostenlos bis zum sechsten Lebensjahr eine Chipkarte zur Verfügung gestellt werden, die dem Arzt über ein Lesegerät den Zugriff auf eine zentral gespeicherte Patientenakte des Kindes ermöglicht. In dieser elektronischen Akte werden medizinische Daten wie Erkrankungen, Impfungen oder Früherkennungsuntersuchungen gespeichert.

Für den Datenschutz erhalten die Eltern eine Code-Nummer. Damit sollen nur sie bestimmen können, wer mit dem Kartenlesegerät Zugriff auf die Informationen hat. Die Daten sind nicht auf den Kärtchen selbst, sondern zentral geheim gespeichert – die Karten mit Chip und Foto sollen nur als Schlüssel dienen.

Der Energieverbrauch sinkt – die Effizienz steigt

Umweltministerin Margit Conrad stellt den 7. Energiebericht der Landesregierung vor

Der Energieverbrauch in Rheinland-Pfalz sinkt, während gleichzeitig Strom aus umweltfreundlichen Quellen wie Wind oder Sonne immer beliebter wird. „Die Richtung stimmt“, sagte Umweltministerin Margit Conrad bei der Vorlage des 7. Energieberichts der Landesregierung, der alle zwei Jahre erscheint. „Wir brauchen nicht nur eine Verstärkung der Trends, sondern mehr an Dynamik.“

Der Trend sei auch angesichts der steigenden Energiekosten – bei Heizöl von 2004 bis 2006 um knapp 50 Prozent, bei Erdgas seit 2000 um 60 Prozent – von großer Bedeutung. „Dies zeigt noch einmal, wie wichtig und richtig unsere Energiesparkampagne auch aus sozialen Gründen ist“, sagte Conrad.

Die Ministerin wies erneut darauf hin, dass am meisten Energie in Gebäuden eingespart werden könne. Die „energetische Qualität“ stehe deshalb bei der Sanierung und beim Neubau von Wohngebäuden im Mittelpunkt der im März 2007 gestarteten Mitmachaktion „UnserEner - Macht mit“. Die Industrie ist nach den Angaben für ein Drittel der Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen verantwortlich. Auch sie habe den Ausstoß in den vergangenen Jahren verringern können. Das „Sorgenkind“ bleibe der Verkehr; der 2004 für 24 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich war. Dieser Anteil verharre seit 2000 auf hohem Niveau, hieß es.

Der Verbrauch an Primärenergie, dazu gehören Stein- und Braunkohle, Erdöl, Erdgas, Uran sowie erneuerbare Energiequellen, sank nach den Angaben bereits seit 1998 kontinuierlich,



Conrad: Energiesparkampagne auch aus sozialen Gründen wichtig. Bild: Wolf

zwischen 2002 und 2004 nochmals um 1,6 Prozent. Der Anteil der erneuerbaren Energien sei in diesem letzten Zeitraum hingegen um 60 Prozent, von 3,6 Milliarden Kilowattstunden (kWh/2002) auf 5,8 Milliarden kWh (2004) gestiegen. Strom aus den regenerativen Energien wie Wind- oder Wasserkraft hatten laut Umweltministerium 2004 einen Anteil von 19,2 Prozent an der heimischen Stromerzeugung. Dieser Trend habe sich auch 2006 fortgesetzt, hieß es weiter.

Die von Windkraftanlagen erzeugte

Energieleistung sei von 2000 bis 2006 um fast das Vierfache gestiegen, teilte Conrad mit. Bei der Anzahl der installierten solarthermischen Anlagen liegt Rheinland-Pfalz nach den Angaben mit rund sechs Anlagen je 1000 Einwohner (2006) bundesweit nach Bayern (14) und Baden-Württemberg (8) auf dem dritten Platz. Laut Bericht sank der Pro-Kopf-Ausstoß an Kohlendioxid im Land von 1990 bis 2004 um rund zehn Prozent. Weitere Rückgänge gebe es auch bei den Schwefeldioxid- und den Stickoxidemissionen.

Dreyer würdigt Auernheimer

Staatssekretär offiziell in den Ruhestand verabschiedet



Feierstunde für Richard Auernheimer im Mainzer Schloss.

Bild: Wolf

Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Richard Auernheimer, ist von Ministerin Malu Dreyer offiziell in den Ruhestand verabschiedet worden. Vor zahlreichen Gästen aus Politik, Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, Kammern und weiteren Partnerorganisationen des Ministeriums würdigte die Ministerin die Verdienste des scheidenden Staatssekretärs und Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Die Ministerin hob vor allem die „hohe fachliche Kompetenz, den Kenntnisreichtum, das innovative Denken und die soziale Kraft“ Auernheimers hervor.

Richard Auernheimer wurde im Jahre 1999 Staatssekretär im Sozialministerium und Landesbeauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Seine politische Arbeit sei vom Begriff der „Zivilgesellschaft“ geprägt, so die Ministerin. Für ihn habe die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Zusammenlebens eine grundlegende Bedeutung. Dies zeige sich beispielhaft in seiner Arbeit als Landesbeauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Das im Jahre 2002 in Kraft getretene Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für behinderte Menschen ziele

auf umfassende Teilhabe ab und trage deutlich die Handschrift von Auernheimer. Die Ministerin erwähnte auch den zentralen Punkt der Barrierefreiheit, für die sich der scheidende Landesbeauftragte während seiner Amtszeit besonders eingesetzt hat. Als weiteres wichtiges Thema nannte die Ministerin die Reform der Sozialverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen, die Auernheimer entscheidend gesteuert habe.

Auernheimer trat im Jahre 1978 als Referent beim Landesamt für Jugend und Soziales in den Dienst des Landes Rheinland-Pfalz ein. Am 1. August 1990 wurde er in das damalige Ministerium für Soziales und Familie berufen, wo er zunächst als Referent in der Abteilung Familie und Jugend eingesetzt war und nach knapp einem Jahr zum Leiter der Planungs- und Steuerungsgruppe avancierte. Er übernahm damit die Verantwortung für die politische Koordinierung der Arbeit im Sozialministerium. Von 1996 bis 1999 war Auernheimer Leiter der Abteilung Arbeit und Sozialversicherung.

Bereits am 1. August war der Amtswechsel. Christoph Habermann hat zu diesem Termin das Amt als neuer Staatssekretär übernommen. Neue Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist Marita Boos-Waidosch.

Beste Noten für den Wirtschaftsstandort

Eine „erneute Bestätigung der Erfolgsgeschichte und Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz“ sieht Wirtschaftsminister Hendrik Hering in der aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. Dabei wurden 16 000 Unternehmen nach ihrer Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen an jeweiligen Standort befragt. „Rheinland-Pfalz hat nach Berlin die beste Note von den Unternehmen bekommen und liegt mit einem Wert von 2,48 knapp vor Bayern (2,49) und Baden-Württemberg (2,5). Bei den Flächenländern sind wir damit sogar auf Platz 1“, hob der Minister in Mainz hervor.

„Die hocheffiziente Wirtschaftsförderung, kontinuierliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und eine zielgerichtete Technologie- und Innovationspolitik des Landes tragen zu dieser Erfolgsgeschichte bei“, so Hering. In der IAB-Studie ging es unter anderem um Produktionskosten, Preise für Gewerbeflächen, Zusammenarbeit mit Behörden, Qualität des Fachkräfteangebots, Verkehrsanbindung und die Nähe zu Forschungs- und Technologiezentren.

Hinweis für unsere Leser

Dieser Ausgabe liegt die Regierungserklärung von Umweltministerin Margit Conrad „Rheinland-Pfalz ein Land voller Energien - für Klima, Wachstum und sichere Versorgung“ bei. D. Red.

Zahl der Woche

Nirgendwo in Deutschland blieben ausländische Besucher 2006 so lang wie in Rheinland-Pfalz. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems wurden in den Beherbergungsbetrieben im Land mit neun und mehr Fremdenbetten sowie auf den Campingplätzen fast 1,7 Millionen Ankünfte von Gästen aus dem Ausland registriert, 2,9 Prozent mehr als 2005. Im Durchschnitt blieben diese Gäste 2,9 Tage, so dass knapp 4,9 Millionen Übernachtungen (plus 2,6 Prozent) zu verzeichnen waren. Damit lag Rheinland-Pfalz im Ländervergleich auf dem ersten Platz.

Stärkung der Schulqualität

Bildungsministerin Doris Ahnen zum Start ins neue Schuljahr



Besuch in der Mainzer Berufsbildenden Schule.

Bild: Ebling

„Mehr Chancengleichheit im Bereich der Bildung zu schaffen, die Qualität der Bildungsangebote stetig zu verbessern und damit alle Kinder und Jugendlichen möglichst gut auf die wachsenden Herausforderungen in der Arbeits- und Berufswelt vorzubereiten, diese Ziele verfolgt die Landesregierung. Ein Beitrag dazu ist die Gleichstellung von schulischer und beruflicher Bildung.“ Das unterstrich Bildungsministerin Doris Ahnen zum Start des Schuljahres 2007/2008 bei einem Besuch in der Berufsbildenden Schule Mainz I. Die 2004 eingeleitete Reform des Systems der Berufsbildenden Schulen (BBS) habe hier eindeutig Wirkung gezeigt.

„Mehr als 13 Prozent aller rund 13 300 Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Land mit der allgemeinen oder der fachgebundenen Hochschulreife im Jahr 2006 kamen aus dem BBS-Bereich, hielt Doris Ahnen fest. Als gemeinsame Basis sei allen Schulen landesweit zu diesem Schuljahr der neue Orientierungsrahmen Schulqua-

lität (ORS) zur Verfügung gestellt worden. Er solle die Schulen durch die Benennung entscheidender Merkmale für eine „gute Schule“ in ihrer eigenen Qualitätsarbeit unterstützen. Das sei zugleich eine gute Vorbereitung auf die Zusammenarbeit mit der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS), deren Teams in diesem Schuljahr ihre Schulvisitationen im Standardverfahren durchführen, nachdem die Pilotphase abgeschlossen worden sei. Außerdem hob die Ministerin den hohen Stellenwert der Kommunikation zwischen Schule und Eltern hervor. Die „Koordinationsstelle für Elternarbeit“ im Bildungsministerium biete Schulen und Eltern konkrete Unterstützung, zum Beispiel durch die neue Elternseite www.eltern.bildung-rp.de.

Schulen, Schulaufsicht und Ministerium hätten sich erfolgreich für einen guten Start in das Schuljahr eingesetzt. 240 zusätzliche Lehrerstellen seien für 2007 im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt worden.

Positive Signale vom Ausbildungsmarkt

Aufgrund der guten Konjunktur hellt sich der Ausbildungsmarkt in Rheinland-Pfalz deutlich auf. Die Kammern erwarten eine Stabilisierung dieses Trends auch für das kommende Ausbildungsjahr. Das ergab eine aktuelle Abfrage des Wirtschaftsministeriums bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern, die Minister Hendrik Hering in Mainz vorstellte. Die Kammern melden zurzeit 1928 abgeschlossene Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahresmonat, was einer Steigerung von fast zwölf Prozent entspricht. „Die Zahlen geben Anlass zur Hoffnung, dass die Betriebe wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs mehr junge Menschen ausbilden werden. Die Anstrengungen aller Beteiligten am Ovalen Tisch des Ministerpräsidenten haben sich gelohnt“, betonte der Minister.

Das Ausbildungsjahr werde vermutlich nicht ganz so hoch, aber mit deutlicher Steigerung der Vertragszahlen abschließen, so Hering. Die Kammern erwarteten einen anhaltend positiven Trend am Ausbildungsmarkt. „Trotz aller optimistischen Ausblicke sind aber weitere Anstrengungen am Ausbildungsmarkt erforderlich“, betonte der Minister.

Die Landesregierung bietet auch in diesem Jahr eine Reihe von Förderprogrammen an, um die Situation der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Das Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH zur Ausbildungsplatzförderung ist verbessert wieder aufgelegt worden. Pro förderfähigem Ausbildungsplatz können bis zu 35 000 Euro beantragt werden. Im vergangenen Jahr wurden so rund 385 Ausbildungsplätze im Land geschaffen. Die Ausbildung im Verbund mit anderen Unternehmen wird mit 2500 Euro pro Ausbildungsvertrag finanziell gefördert. Ebenso wird die Arbeit der Ausbildungsstellen-Akquisiteure bei den Kammern unterstützt und gemeinsam mit den Kammern und der Agentur für Arbeit finanziert. Durch die Akquisitoren werden jährlich etwa 2000 Ausbildungsplätze eingeworben.

Bei Landgang neue Eindrücke

Delegation des Patenschiffs „Rheinland-Pfalz“ zu Besuch



Ministerpräsident Beck empfängt Delegation in Staatskanzlei. Bild: Sämmer

Eine Delegation vom Patenschiff, der Fregatte Rheinland-Pfalz, war unter der Leitung von Fregattenkapitän Thomas Hacken vier Tage lang im Land unterwegs. Ein Empfang bei Ministerpräsident Kurt Beck in der Mainzer Staatskanzlei durfte dabei nicht fehlen.

Ausführlich ließ sich der Ministerpräsident von den Einsätzen des Schiffes berichten. Immerhin hatte die Besatzung im vergangenen Jahr insgesamt fast 25 000 Seemeilen auf den Weltmeeren zurückgelegt. Die Verbin-

dung zum Patenland Rheinland-Pfalz bilde für die Mannschaft einen wichtigen Bezugspunkt zur Heimat, machte Kapitän Hacken bei dem Treffen deutlich. Das Besuchsprogramm sah unter anderem einen Besuch im Jugendhof Hassloch, für den die Mannschaft der Fregatte wiederum eine Patenschaft übernommen hat, Informationstermine in Nierstein und in Mainz vor. Nachdem sie viele neue Eindrücke gesammelt hatten, beendeten die 15 Teilnehmer ihren Landgang bei der Landwirtschaftskammer.

Neue Maßstäbe bei Verwaltungsmodernisierung

Zentrales IT-Management bringt Vorteile - Lewentz: Konzeption der Zentralstelle beispielhaft

„Mit dem zentralen IT-Management haben wir bundesweit neue Maßstäbe bei der Verwaltungsmodernisierung gesetzt. Die Wahrnehmung übergreifender Aufgaben schafft in den Ressorts Freiräume für die fachliche Arbeit und die zentrale Auftragsvergabe bringt erhebliche Einsparungen.“ Dies sagte Innen-Staatssekretär Roger Lewentz in Mainz in einer Bilanz ein Jahr nach der Bündelung von eGovernment und IT-Angelegenheiten im Land in der Zentralstelle IT und Multimedia.

Lewentz verwies darauf, dass das Land jährlich etwa 102 Millionen Euro für Informationstechnologie investiere. Rund 60 Millionen davon verwalte jetzt die Zentralstelle. Es zeichne sich ab, dass 2007 zwischen 600 000 und einer Million Euro eingespart würden.

Jürgen Häfner, Leiter der Zentralstelle, betonte, dass unter den ersten konkreten Erfolgen etwa im

Bereich IT-Management allein durch zwei Landeslizenzverträge für Standardsoftware jährliche Einsparungen von über einer Million Euro realisiert würden. Als weitere Projekte nannte er unter anderem einen neuen Rahmenvertrag über Hardwarebeschaffung, ein landesweites IT-Sicherheitskonzept und die kostenneutrale Bandbreitenerhöhung des landeseigenen rlp-Netzes um das Fünffache.

Bei der Umsetzung von eGovernment-Projekten arbeite die Zentralstelle intensiv mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammen, was bundesweit Beachtung finde, betonte Lewentz. In enger Kooperation mit dem federführenden Wirtschaftsministerium, den Kommunen, den anderen Ländern und dem Bund werde vor allem die IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorbereitet, die der gesamten Entwicklung von eGovernment in Deutschland neue Impulse geben werde.

Auch außerhalb der eigentlichen Verwaltungsarbeit habe die Zentralstelle IT und Multimedia deutliche Akzente gesetzt. Die Multimediainitiative rlpinform unterstütze vor allem wichtige Projekte bei der Medienkompetenzvermittlung. Herausragende Bedeutung habe dabei das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ des Bildungsministeriums, in das über vier Jahre zehn Millionen Euro investiert würden, sagte Lewentz.

Neben der operativen Arbeit arbeite die Zentralstelle IT und Multimedia verwaltungsintern wie auch -extern daran mit, den innovativen Standort Rheinland-Pfalz zu stärken. Kommuniziert werde dies etwa auf der CeBIT, der Messe Moderner Staat, bei der Rheinland-Pfalz 2007 erstmals als Partnerland aufträte, und beim Multimediakongress.

Wie wichtig die Bündelung gewesen sei, zeige sich auch an der engen Kooperation mit den Ressorts, so Lewentz.

Erfolg mit gezielter Förderung

Bruch stellt die kommunale Förderbilanz 2001 bis 2006 vor

Mit seiner kommunalfreundlichen Förderpolitik unterstützt das Land gezielt und nachhaltig die Städte und Gemeinden. Insgesamt rund eine Milliarde Euro wurden nach der kommunalen Förderbilanz 2001 bis 2006, die Innenminister Karl Peter Bruch in Mainz vorstellte, für die Bereiche Stadterneuerung, Investitionsstock, Dorferneuerung, Sport und Feuerwehr aufgebracht, davon allein 2005 und 2006 etwa 316 Millionen Euro. In den letzten beiden Jahren wurden für die Sportförderung 24,8 Millionen Euro, für das Feuerwehrwesen 27,7 Millionen Euro, für die Dorferneuerung 31,8 Millionen Euro, für die Stadterneuerung 113 Millionen Euro und aus dem Investitionsstock einschließlich der Zuweisungen an die Landeshauptstadt Mainz und Mittel für den Kommunalwald 119 Millionen Euro bewilligt.

Diese Zahlen stünden für über tausend kommunale Projekte, betonte der Minister. Die geförderten Maßnahmen seien ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der regionalen Arbeitsmärkte und der Weiterentwicklung der örtlichen Gemeinwesen. Besonders die Entwicklung ganzheitlicher Projekte, von denen starke lokale und regionale Impulse ausgingen, werde gezielt unterstützt. Solche „Leuchtturmprojekte“ lösten Folgeinvestitionen in beträchtlichem Umfang aus, öffneten

das Land für zukunftssträchtige Wirtschaftszweige und Technologien und verbesserten insgesamt die Wirtschaftsstruktur.

Wichtiger Schwerpunkt der Förderpolitik sei nach wie vor die militärische und zivile Konversion. Das Land sei hier bundesweit anerkannter Vorreiter. Da diese Projekte meist in strukturschwachen Regionen angesiedelt seien, spielten die Arbeitmarkteffekte bei der Einschätzung und dem Fördermitteleinsatz eine herausragende Rolle. Die Erfolge würden immer deutlicher sichtbar. „Bei den 30 wichtigsten Projekten wurden bisher über 15 000 Arbeitsplätze geschaffen. Auch die Verwertung stillgelegter Bahnmobilien habe sich positiv entwickelt.“

Die Schwerpunktthemen der nächsten Jahre ergäben sich aus der demografischen Entwicklung so wie der weiteren Freisetzung von Flächen des Militärs, der Bahn, der Industrie und des Gewerbes, sagte Bruch. Er sehe sie etwa in der Innenstadtentwicklung, im Stadtbau und in der Aufwertung der Dorfkern, in stärkerer Zusammenarbeit mit privaten Partnern, in der Entwicklung und breiten Anwendung modellhafter Konzepte, in der stärkeren Einbindung der Bewohner so wie Grund- und Geschäftseigentümer in Planungs-, Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse.

Internetportal führt Pendler zusammen

Pendler des Landes können sich über ein neues Internetportal der Landesregierung zu Mitfahrergemeinschaften zusammenschließen. „Fahrgemeinschaften nutzen sowohl ihren Teilnehmern als auch allen anderen Verkehrsteilnehmern und der Umwelt“, sagte Verkehrsminister Hendrik Hering. Im Berufsverkehr saßen nur in jedem 34. Auto zwei Menschen. Auf der Seite www.mitfahren.rlp.de können Pendler deshalb nach Berufstätigen mit einem ähnlichen Arbeitsweg suchen und sich über Fahrmodelle und Mitfahrerparkplätze informieren.

Derzeit fahren nach Angaben des Ministers vier Prozent der etwa eine Million Pendler im Land in einer Fahrgemeinschaft. Würden zehn Prozent aller Pendler Mitfahrergemeinschaften nutzen, könnten nach Heringes Worten jährlich 130 000 Tonnen Kohlendioxid „eingespart“ und Staus reduziert werden. Der einzelne Nutzer von Fahrgemeinschaften habe deutlich weniger Stress, da er nicht oder nur im Wechsel selber fahren müsse, erläuterte Hering. „Mitfahrerinnen und Mitfahrer kommen daher ausgeruht am Arbeitsplatz an.“ Hering kündigte den weiteren Ausbau der 130 rheinland-pfälzischen Mitfahrerparkplätze an Auffahrten zu Autobahnen oder wichtigen Kreuzungen von Bundesstraßen an.

Für einen guten Start ins Leben

Dreyer stellt Entwurf zu Kinderschutzgesetz des Landes vor

Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und sie vor Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen, ist Ziel des Kinderschutzgesetzes Rheinland-Pfalz, das Familienministerin Malu Dreyer in Mainz vorstellte. Dabei geht es im Einzelnen um die frühe Förderung des Kindeswohls durch gezielte Unterstützung der Eltern, die Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung unter anderem durch den Aufbau lokaler Netzwerke und die Steigerung der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern. Das Kabinett hat den Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen, der nun den Stellen außerhalb der Landesregierung zur Anhörung zugeleitet wird. Das Land stellt bis zu 2,8 Millionen Euro pro Jahr für die Umsetzung bereit.

Die meisten Eltern kämen gut mit der Erziehungsaufgabe zurecht. Es gebe aber auch Eltern, die die besondere Unterstützung des Staates und der Gesellschaft zum Wohle ihrer Kinder bräuchten, so die Ministerin. Für den Schutz des Kindeswohls seien primär die Kommunen zuständig. Aufgabe der Landesregierung sei es, die Kommunen dabei zu unterstützen. Eine zentrale Voraussetzung dafür sei enge Kooperation. Mit dem Aufbau lokaler Netzwerke sollen diese Kooperation intensiviert und vor allem weitere Akteure, wie etwa das Gesundheitswesen, einbezogen werden. Zudem sollen unter anderem Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Sozialpädiatrische Zentren, Beratungsstellen, Familienbildungsstätten und Familiengerichte in den Netzwerken mitarbeiten. Den Jugendämtern obliege die Planung und Steuerung der Netzwerke. Sie sollen alle Beteiligten mindestens einmal im Jahr zu lokalen Konferenzen einladen. „Durch die Netzwerkarbeit sollen die Rahmenbedingungen für den Schutz des Kindeswohls optimiert werden“, so die Ministerin. Eine überregionale Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung soll die Bildung dieser Netzwerke beraten unterstützen und auf einen gleichmäßigen Aufbau in allen Kommunen des Landes achten.

Zur Sicherstellung einer möglichst



Ministerin erläutert die Ziele der neuen Regelungen. Bild: Sämmer

hundertprozentigen Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder soll ein verbindliches Einladungsverfahren eingerichtet werden. Eine Verpflichtung zur Teilnahme mit entsprechenden Sanktionsmaßnahmen werde es jedoch nicht geben, so Dreyer. Dazu werde durch das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eine Zentrale Stelle eingerichtet, die die Eltern rechtzeitig über die anstehende Untersuchung informiere und zur Teilnahme auffordere. Nach der ärztlichen Untersuchung werde die Meldestelle unterrichtet. Diese Meldung sei verpflichtend, der Datenschutz werde von der Zentralen Stelle sichergestellt. Diese ermittle auch die Kinder, die trotz wiederholter Einladung nicht an der Untersuchung teilgenommen hätten, und informiere das zuständige Gesundheitsamt. Dieses setze sich mit den Eltern in Verbindung und wirke darauf hin, dass ihr Kind an der Untersuchung teilnehme. Werde trotzdem die Untersuchung nicht in Anspruch genommen und ergäben sich Hinweise auf eine Vernachlässigung, einen Missbrauch oder eine Misshandlung, so werde das zuständige Jugendamt informiert. Die Jugendämter prüften dann, ob eingeschritten werden müsse.

Staatszeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die Staatszeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Peter Kroll (Koordination), Walter Schumacher (verantwortlich).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortlich) - (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz - Amtliche Bekanntmachungen - ist ständige Beilage der Staatszeitung - Ausgabe A -.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der Staatszeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. Staatszeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91, Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de, E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de, Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landesarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Innovations-Stiftung gibt wichtige Impulse

Eine positive Bilanz der Arbeit der Stiftung „Rheinland-Pfalz für Innovation“ im vergangenen Jahr zogen Wissenschaftsministerin Doris Ahnen und Wirtschaftsminister Hendrik Hering in Mainz. Ahnen verwies darauf, dass von der Stiftung rund 5,5 Millionen Euro in 30 wissenschaftliche Projekte geflossen seien, darunter auch eine Langzeitstudie der Universitätsklinik Mainz, mit der neue Ansätze in der Prävention und Therapie von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erforscht werden. Mit dem Geld der Stiftung sei bei vielen Vorhaben der Grundstein für den Einstieg anderer Drittmittelgeber gelegt worden. In anderen Fällen habe die Anschubfinanzierung den Impuls für Firmenneugründungen gegeben.

Von den 30 Projekten waren elf an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, eine an der Universität Koblenz-Landau, fünf an der TU Kaiserslautern, drei an den Fachhochschulen Mainz, Koblenz und Trier so wie acht an außeruniversitären Forschungseinrichtungen angesiedelt. Zudem wird ein Kooperationsprojekt der Fachhochschulen Koblenz und Kaiserslautern mit der Handwerkskammer Koblenz unterstützt. Mit Stiftungsgeld wurden auch Schulen belohnt, die sich besonders um jugendlichen Forschernachwuchs kümmern. Die Stiftung fördere vor allem naturwissenschaftlich-technische Projekte an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft, so Ahnen. Sie investiere gezielt in Zukunftstechnologien von Kommunikations- über Biotechnologien bis hin zur Mikro- und Nanotechnologie.

„Seit 1993 wurden aus Stiftungsvorhaben 23 Unternehmen neu gegründet, die heute noch bestehen oder aktiv tätig sind. Sie haben über 400 Arbeitsplätze geschaffen“, so Hering. „Unternehmensgründungen verjüngen die Wirtschaftsstruktur des Landes und geben Impulse für weitere Firmenniederlassungen und Kooperationen.“

Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.sites.mbwjk.rlp.de/stiftung-innovation.

Die Förderangebote ausgeweitet

Beck und Hering: Eigenkapitalbasis des Mittelstandes stärken



Ministerpräsident und Minister auf diesjährigem Mittelstandstag. Bild: Sämmer

Das Land Rheinland-Pfalz hat seine Förderangebote für den Mittelstand deutlich ausgeweitet. „Unternehmen, die wachsen, die neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und damit Arbeitsplätze schaffen wollen, brauchen Kapital, das ihnen diese Entwicklungen ermöglicht“, betonten Ministerpräsident Kurt Beck und Wirtschaftsminister Hendrik Hering auf dem diesjährigen Mittelstandstag in Mainz. Im direkten Gespräch mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums, der landeseigenen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) und der Banken konnten sich Unternehmer über Finanzierungsfragen informieren.

Thema der Veranstaltung waren moderne Instrumente der Mittelstandsfinanzierung. Das Land unterstützt Investitionsvorhaben, Entwicklungs- und Innovationsprojekte sowie Existenzgründungen. Ein aktuelles Beispiel ist das neue Programm „MitarbeiterbeteiligungRLPlus“, das von Unternehmen und Beschäftigten

gut angenommen wird. „Für die Beschäftigten bedeutet es mehr Teilhabe am Erfolg und eine stärkere Identifikation mit den Zielen des Unternehmens. Die Arbeitgeber profitieren vom Zuwachs an Eigenkapital“, sagte der Ministerpräsident. Schon zwölf Unternehmen hätten einen Antrag bei der ISB gestellt, 118 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nähmen teil.

Minister Hering berichtete, das Land habe die Konditionen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft verbessert und eine attraktive Struktur von landesweiten und regionalen Venture-Capital-Gesellschaften mit interessanten Finanzierungsmodellen in der Gründungs- und Startphase von Unternehmen aufgebaut. Noch in diesem Jahr sollen der Zukunftsfonds KMU (günstige Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen) und der Innovationsfonds (für technologieorientierte Unternehmen und Start-Ups) aufgelegt werden. Dafür sei ein Volumen von 72 Millionen Euro vorgesehen, so Hering.

Mit Stiftungen etwas bewegen

Ministerpräsident verweist auf wachsendes Bürgerinteresse

„Deutschland erlebt einen Stiftungsboom.“ Das erklärte Ministerpräsident Kurt Beck bei der Eröffnung des Stiftungstages Rheinland-Pfalz 2007 „Freiheit fühlen – Verantwortung wagen“ auf dem Hambacher Schloss. Zu den 750 Stiftungen seien allein in Rheinland-Pfalz während der vergangenen drei Jahre 132 neu hinzugekommen. Der Stiftungstag wolle nicht nur über die thematische Breite der Stiftungsarbeit und ihrer Möglichkeiten Auskunft geben, sondern zugleich all jene wichtige Informationen zur Verfügung stellen, die Vorhaben, sich selbst am Gründungsprozess einer Stiftung zu beteiligen.

„Stiften ist gelebter Ausdruck einer Wertorientierung in unserer freien Gesellschaft“, sagte Beck. Verantwortung und Eigeninitiative, Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn, Neugierde und der Drang, etwas zu verbessern, seien wichtige Motive, eine Stiftung ins Leben zu rufen. „Stiftungen werden von Menschen gegründet, die etwas bewegen wollen.“

Der Ministerpräsident hob das wachsende Interesse an Bürgerstiftungen hervor. Neben traditionellen Stiftungen gebe es inzwischen bereits in zahlreichen Kommunen. Beck sieht darin ein ermutigendes Zeichen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihres persönlichen Lebensumfeldes aktiv mitwirken wollen. Ver-

bunden sei dies häufig mit einem ehrenamtlichen Engagement. Das gestiegene Interesse an der Gründung von Bürgerstiftungen bezeichnete Beck als Vorboten einer künftigen Bürgergesellschaft, in der ein großer Teil lokaler Gemeinwohlanliegen durch eine engagierte und sich selbst organisierende Bürgerschaft jenseits staatlicher Strukturen und Finanzierung geleistet werde. „Zivilgesellschaft und Staat müssen sich ergänzen und wechselseitig für einander verantwortlich fühlen. Bürgerstiftungen, wie Stiftungen insgesamt, dürfen allerdings kein Ersatz für staatliches Handeln sein“, sagte Beck.

Die ganztägige Veranstaltung wurde von der „Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ in der Staatskanzlei, der Bürgerstiftung Pfalz, der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur und der Stiftung Hambacher Schloss organisiert. Neben Ministerpräsident Kurt Beck waren Kardinal Karl Lehmann (Bild Mitte) und Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und Gründer der Bürgerstiftung Hannover, Hauptredner der Veranstaltung. Unter den Gästen war auch der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Dr. Ing. E.h. Fritz Brickwedde (l.).

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.wir-tun-was.de.

Durchbruch für die Bahn zum Hahn geschafft

Hering: Wichtig für Flughafensystem Rhein-Main/Hahn – Planungsvereinbarung mit DB Netz

„Wir haben die Hunsrückbahn auf das richtige Gleis gesetzt, der Zug beginnt zu rollen.“ Mit diesen Worten haben Verkehrsminister Hendrik Hering und der hessische Verkehrs-Staatssekretär Klaus-Peter Güttler Details der Planungen zur Reaktivierung der Strecke vorgestellt. „Die Schienenanbindung wird eine wichtige Rolle spielen, wenn die EU-Kommission über das beantragte Flughafensystem Rhein-Main – Flughafen-Hahn entscheidet“, betonten Hering und Güttler in Mainz. Dabei wurden erstmals Einzelheiten zum Betrieb und zur Finanzierung der Strecke genannt. Außerdem unterzeichneten das Land Rheinland-Pfalz und die DB Netz AG eine Planungsvereinbarung über die Reaktivierung der Strecke.

Die Verbindung Flughafen Hahn – Mainz soll stündlich bedient werden. Die Züge können in den meisten Fäl-

len durchgehend zwischen dem Flughafen und Mainz verkehren, nur in einigen Fällen muss in Bingen auf Züge der linken Rheinstrecke umgestiegen werden, weil diese hoch belastete Strecke keine zusätzlichen Züge aufnehmen konnte. „Zusammen mit Hessen streben wir außerdem an, die Züge nach Möglichkeit bis Frankfurt am Main weiter zu führen“, so Hering.

Güttler begrüßte die Weichenstellung für die Bahn zum Hahn. Auch die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main werde davon profitieren. Der Flughafen Frankfurt-Hahn übernehme schon heute eine wichtige Funktion zur Bedienung und Erschließung der Rhein-Main-Region im low cost-Bereich.

Die Haltepunkte Bingen, Langenlonsheim, Stromberg, Rheinböllen, Simmern und Kirchberg werden mehrfach täglich angebunden. Das Land komme damit den regionalen

Wünschen entgegen, so Hering. Die Fahrzeit der Züge zwischen dem Hahn und Mainz wird rund 95 Minuten betragen. Um die vom Flughafen gewünschten Fahrzeiten und die Halte gleichermaßen verwirklichen zu können, ist es nötig, die Hunsrückbahn in zwei Bereichen zweigleisig auszubauen.

Die gesamten Investitionskosten belaufen sich nach jetzigem Planungsstand auf rund 85 Millionen Euro. Die Kostensteigerungen gegenüber der ursprünglichen Planung von 62 Millionen Euro erklären sich durch die zweigleisigen Abschnitte und allgemeine Kostensteigerungen. Der Zeitpunkt der Inbetriebnahme werde entscheidend von der rechtzeitigen Auflösung von Bahnübergängen, dem zeitlichen Ablauf der Planfeststellungsverfahren und von möglichen Einsparungen abhängen, so Hering.

Soziale Fragen im Vordergrund

Beck: Für Entwicklung der Großregion von großer Bedeutung

„Für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Großregion ist die Zusammenarbeit in sozialen Fragen unerlässlich“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck beim Arbeitsgipfel der Großregion in Eupen. Beck begrüßte es, dass die Sozialwirtschaft als eines der Schwerpunktthemen der belgischen Gipfelpräsidentschaft herausgestellt worden war. Deshalb sei auch bereits ein Auftrag an den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion gegangen. Akteure und Ansprechpartner aus diesem Bereich zu benennen. Ziel sei es, wie der Ministerpräsident deutlich machte, mögliche Synergien und Vernetzungen bei sozialen Themen zu organisieren und ein Projekt in das neue Ziel 3-Programm der Großregion einzubringen. In diesem Zusammenhang einigten sich die Gipfelteilnehmer darauf, schnellstmöglich einen „Europäischen Verein für Territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ) unter dem Vorsitz der Präfektur Lothringens zu gründen, der das neue Ziel 3-Programm verwaltet soll.

Bei dem Treffen wurden auch die Ergebnisse einer Studie der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) zum „Arbeitsmarkt in der Großregion bis 2020“ vorgestellt. „In einem Land wohnen und in einem anderen Land arbeiten, das gehört für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Großregion zum Alltag“, sagte Ministerpräsident

Beck. Seit fast 20 Jahren seien hier die europaweit größten Pendlerströme zu verzeichnen. Deshalb sei es sehr hilfreich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen beteiligten Ländern den Wandel von Arbeit und Bevölkerungsstrukturen untersucht haben. Daraus könnten Lösungen für eine zukunftsorientierte, grenzüberschreitende Arbeitsmarkt- und Regionalentwicklung abgeleitet werden.

Als weiteres Thema stand die Zusammenarbeit im Hochschulbereich auf der Tagesordnung des Zwischen-gipfels. In Fortführung des von Rheinland-Pfalz eingesetzten Koordinators für die Hochschulzusammenarbeit war die Universität Lüttich beauftragt worden, diesbezüglich konkrete Handlungsempfehlungen und Projekte zu erarbeiten. Mittlerweile hat bereits eine erste Befragung der Hochschulen so wie eine Anhörung in Lüttich stattgefunden.

Den Vorsitz in der Großregion hat die Wallonische Region am 1. Juni 2006 von Rheinland-Pfalz übernommen und führt diesen derzeit gemeinsam mit der Französischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Zur Halbzeit der laufenden 9. Gipfelpräsidentschaft trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Partnerregionen im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen.

Hilfe für verletzten afghanischen Soldaten

Während seiner Reise nach Afghanistan im März 2007 wurde Ministerpräsident Kurt Beck von Staatspräsident Hamid Karzai gebeten, einem schwer brandverletzten afghanischen Soldaten in Rheinland-Pfalz eine ärztliche Behandlung zu ermöglichen. Seit dem 20. Juni war dieser Patient in der Berufsgenossenschaftlichen (BG) Unfallklinik Ludwigshafen. Ministerpräsident Beck besuchte den Patienten und sprach dabei mit den behandelnden Ärzten. In der BG-Unfallklinik arbeiten auf plastische Chirurgie spezialisierte Ärzte mit modernsten Verfahren.

Beck dankte allen, die dazu beigetragen haben, dass der Bitte von Präsident Karzai entsprochen werden konnte. Beteiligt waren die deutsche Botschaft in Kabul, die Bundeswehr und das Rote Kreuz. In Ludwigshafen habe die Stadt unbürokratisch geholfen und beispielsweise für einen Betreuer und Übersetzer gesorgt.

„Besonders danke ich den an den plastischen Operationen beteiligten Ärzten unter Leitung von Professor Dr. Günter Germann und der BG-Unfallklinik, die den Patienten kostenlos aufgenommen hat“, sagte Beck. Es sei beruhigend zu wissen, dass es im Land Einrichtungen wie die BG-Unfallklinik gebe, die über das Wissen und Können verfügen, schwer verletzten Menschen auf diesem hohen medizinischen Niveau zu helfen.



Gedankenaustausch am Rande des Stiftungstages. Bild: Linzmeier-Mehn

Zum vierten Mal „Tatort Eifel“

Bundesweit Krimi-Festival Nr. 1 – „Roland“ an Rolf Basedow

Vom 19. bis 23. September wird die Eifel zum vierten Mal zu einem besonderen Tatort. Dann treffen sich Autoren, Produzenten, Filmemacher, Schauspieler und das krimibegeisterte Publikum beim inzwischen bundesweit führenden Krimifestival „Tatort Eifel“. Die spannende Mischung aus Fachvorträgen, Workshops, Diskussionen, Lesungen und Filmvorführungen rund um die hohe Kunst des erzählten Verbrechens sei das Erfolgsrezept dieses Festivals, sagte Ministerpräsident Kurt Beck bei der Vorstellung des Veranstaltungsprogramms in Mainz. „Eine Ursprungsidee von mir hat sich bewahrheitet“, pflichtete Eifel-Krimi-Autor Jacques Berndorf (r.) bei.

„Wir sind stolz darauf, dass sich diese bundesweit einzigartige Veranstaltung in Rheinland-Pfalz etabliert hat“, sagte Beck. Das Krimi-Festival, eine gemeinsame Veranstaltung des Landes und des Landkreises Vulkaneifel, sei auch ein Beleg für die Vielfalt des Kultursommers, in dessen Rahmen es präsentiert werde, unterstrich der Ministerpräsident. Er dankte den zahlreichen Sponsoren und Medienpartnern für ihre Unterstützung.

Landrat Heinz Onertz verwies darauf, dass die Eifel Deutschlands Krimi-Landschaft Nummer eins und „Tatort Eifel“ dafür der beste Beweis

und ein Aushängeschild sei. Unter den vielen Wettbewerben hob er den für alle Schulen im Land offenen Junior Award, an dem sich in diesem Jahr 380 Teilnehmer beteiligt hatten, und den Kurzfilmwettbewerb als Plattform für Talente hervor. 296 Kurzkrims seien im Wettbewerb. Auch das öffentliche Rahmenprogramm mit 27 Veranstaltungen habe sich ständig erweitert.

Filmproduzentin Gloria Burkert unterstrich als besondere Vorzüge des Festivals Tatort Eifel die Möglichkeit, alle wichtigen Leute der Branche auf kurzem Weg zu treffen und umfassend Kommunikation zu pflegen. Sie zeigte sich begeistert, dass der „Roland“, der Tatort Eifel-Filmpreis, an den Drehbuchautor Rolf Basedow gehen wird. Der Träger - als Nachfolger von Götz George - sei ein exzellenter Rechercheur und ein ausgezeichnetes Beispiel für den Nachwuchs.

Die Konzepterstellung des Festivals hat erneut die fachliche Projektleiterin Bettina Buchler übernommen. Sie stellte ein Fachprogramm mit hochkarätigen Repräsentanten und Fernsehpremierern von WDR und RTL vor und verließ einen „Marktplatz für alle Medien“, auf dem sich „breiter Sachverstand“ versammle.

Aktuelle Informationen gibt es unter www.tatort-eifel.de.



Ministerpräsident und Veranstalter stellen Programm vor. Bild: Sämmer

Der Landtag



Nachrichten und Berichte

Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17

Änderungen bei Landesentwicklungsprogramm SPD: Missverständliche Formulierungen – CDU: Grundsätzliche Überarbeitung gefordert

Nach der heftigen Kritik an der langfristigen Landesplanung in Rheinland-Pfalz hat die SPD-Fraktion im Landtag selbst mehrere Änderungen vorgeschlagen. Einige Passagen im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP) IV seien missverständlich formuliert und hätten allein dadurch Kritik hervorgerufen, teilte die Fraktion mit.



Heinz-Hermann Schnabel

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht werde das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung keineswegs eingeschränkt. Bis zum Fristende für die Beteiligung der Öffentlichkeit am 30. Juni seien rund 870 Stellungnahmen eingegangen - etwa halb so viele wie beim vorangegangenen LEP III vor zwölf Jahren.

Die CDU kritisierte die Äußerungen der SPD als „durchsichtiges Ablenkungsmanöver“ von „massiven Defiziten“ zugunsten der SPD-Landesregie-

rung. Erneut forderten die Christdemokraten eine grundsätzliche Überarbeitung des rund 200-seitigen LEP-IV-Entwurfs.

Die SPD-Fraktion gestand zu, der Text könne den Eindruck vermitteln, „dass in Zukunft im ländlichen Raum nur noch der Status quo sichergestellt werden soll und die weiterführende Entwicklung nur noch in den Städten stattfindet“. Eine neue Formulierung solle klarstellen, dass die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Bürger in allen Regionen auch künftig gesichert und verbessert werde. Zu überarbeiten ist laut SPD auch die Vorgabe, dass eine Fortentwicklung nur für die Kommunen an den Haltepunkten des Rheinland-Pfalz-Taktes möglich sein solle. Dieser verknüpft in regelmäßigen Zeitabständen Bahn- und Busverbindungen des Nahverkehrs. „Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum über den Eigenbedarf hinaus sollte sich grundsätzlich auf Gemeinden mit qualifizierter ÖPNV-Anbindung konzentrieren“, teilte die SPD-Fraktion mit.

Spielraum für die Auslegung im Einzelfall sollte es nach Worten von SPD-Fraktionschef Jochen Hartloff

auch bei der Vorgabe für die Zusammenarbeit von Kommunen geben. Hier war kritisiert worden, dass eine Reihe von Gemeinden willkürlich zusammengespant würden, obwohl dies räumlich oder strukturell unsinnig sei. „Es wird nicht die Kooperationspolizei geben, die das kontrolliert“, sagte Hartloff.



Jochen Hartloff

Die SPD-Fraktion nahm auch Stellung zur häufigen Kritik, der LEP-IV-Entwurf schreibe den Kommunen die Erstellung von vielen Berichten, Dokumentationen und Statistiken vor. Die Notwendigkeit hierzu müsste geprüft werden, hieß es. Angesichts der Alterung der Gesellschaft schlägt die SPD schließlich vor, die angestrebte Barrierefreiheit für Senioren und Behinderte zusätzlich in die Präambel des LEP IV aufzunehmen.

Inflation von Zielen

FDP: Geplante Änderungen am LEP IV reichen nicht aus

Die von der SPD-Landtagsfraktion angekündigten Änderungen am Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) reichen nach Auffassung des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Herbert Mertin nicht aus, um eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung zu verhindern. So gebe es nach wie vor eine Inflation von verbindlichen Zielen, die weit über die notwendige landespolitische Steuerung durch einen Lan-



desentwicklungsplan hinausgingen.

Konkrete Änderungen seien ebenfalls unzureichend. So sei es zwar sinnvoll die Fortentwicklung von Gemeinden und Städten nicht mehr von einem Haltepunkt im Rheinland-Pfalz-Takt abhängig zu machen, aber die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene neue Formulierung „qualifizierte ÖPNV-Anbindung“ sei keine grundlegende Verbesserung.

Es gebe durchaus Regionen im Land, die sich aufgrund einer guten Straßenverkehrsinfrastruktur entwickelten. „Es kann nicht Aufgabe der Landesregierung sein, zu entscheiden, dass in einigen Orten das Licht ausgeknipst werden soll“, sagte Mertin.

Umfangreiche Umorganisation festigt Standort

SPD-Finanzpolitiker zu Gast bei der zukünftigen Bundesfinanzdirektion in Neustadt



Zu einem Informationsbesuch kam der SPD-Arbeitskreis Haushalt und Finanzen in die Zoll- und Verbrauchssteuerabteilung der Oberfinanzdirektion Koblenz in Neustadt an der Weinstraße. Hintergrund des Besuchs der Parlamentarier war die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums, in Neustadt an der Weinstraße eine von fünf zukünftigen Bundesfinanzdirektionen zu errichten. Die Besucher, unter ihnen die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Barbara Schleicher-Rothmund, der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Fuhr und der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Frank Puchtler, sowie dessen Stellvertreter Thomas Wansch, wurden von Finanzpräsident Ludwig Caspers begrüßt. Caspers bedankte sich für das politische Interesse, das dem Entstehungsprozess der neuen Behörde mit dem Besuch entgegen gebracht werde, für dessen Zustandekommen er der ebenfalls anwesenden Neustädter SPD-Abgeordneten Hildrun Siegrist seinen Dank ausdrückte.

Gegenstand des Gesprächs war der

komplexe Umwandlungsprozess der jetzigen Abteilung für Zoll- und Verbrauchssteuern der Oberfinanzdirektion Koblenz in eine Bundesfinanzdirektion und damit eine neue Bundesbehörde. Finanzpräsident Caspers erläuterte den Abgeordneten, assistiert von Werner Schulmeister, Fachgruppenleiter bei der Zoll- und Verbrauchssteuerabteilung, sowie weiteren Vertretern verschiedener Beteiligungsgremien, zunächst die neuen fachlichen Zuständigkeiten, die die Bundesfinanzdirektion Südwest in Neustadt/Weinstraße in Zusammenarbeit mit weiteren Bundesfinanzdirektionen an den Standorten Hamburg, Köln, Potsdam und Nürnberg übernehmen werde.

An die Stelle der regionalen Zuständigkeit im Bereich der Rechts- und Fachaufsicht für dann neun statt bisher fünf Hauptzollämter in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland und Teilen Hessens trete dann die in einer zentralen Facheinheit gebündelte bundesweite Zuständigkeit für alle Fragen des Verbrauchssteuerrechts, sowie für

den bundesweiten Prüfungsdienst. Mit dem gestärkten fachlichen Profil der neuen Institution gehe eine Verlagerung von operativen Aufgaben auf die Hauptzollämter einher, deren Bedeutung als örtliche bürgernahe Verwaltungsebene damit zunehme.

Diese Veränderung im fachlichen Zuschnitt der neuen Behörde bedingte erhebliche organisatorische und personalstrukturelle Veränderungen, die einen weiteren Schwerpunkt des Informationsaustauschs bildeten. Dabei wurde den Abgeordneten erläutert, wie die Mitarbeiter der jetzigen Abteilung der Oberfinanzdirektion in die neue Bundesbehörde integriert werden sollen.

Es stehe fest, dass es dabei nicht zu Arbeitsplatzverlusten kommen werde, sondern es sollten möglichst alle Mitarbeiter der verschiedenen Laufbahngruppen alternative zukünftige Arbeitsplätze am Dienstort Neustadt/Weinstraße angeboten werden. Natürlich sei aber im höheren Dienst mit Mobilitätsveränderungen an die Beamten zu rechnen. Dabei sei für Neustadt von einer Stärkung des gehobenen und höheren Dienstes auszugehen, deren erweiterter Personalbedarf auch durch erwartbare Bewerbungen aus anderen Zollbezirken gedeckt werden dürfte. Deutlich wurde, dass auf die Mitarbeiter ein weit reichender, aber chancenreicher fachlich-organisatorischer Umorientierungsprozess zukommen wird.

Die SPD-Landtagsabgeordneten äußerten abschließend optimistische Erwartungen, dass die Behörde unter der Führung von Finanzpräsident Caspers den umfangreichen Umstellungsprozess positiv und zur Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestalten werde. Einig war man sich darin, dass die Funktion der Finanzbehörden, die Steuerbasis staatlicher Aufgabenwahrnehmung zu sichern, mit den modernisierten Strukturen der Zollverwaltung noch besser gelingen werde und darüber hinaus auch in der Zukunft am Besten in einer föderalen Struktur der Finanzverwaltung zu sichern sei.



1500 Euro erzielte der Verkauf von Kuchen und Kaffee, den die Bediensteten des Landtags anlässlich des Verfassungsfestes organisiert hatten. Landtagspräsident Joachim Mertes, Landtagsdirektor Dr. Lars Brocker und die Mitglieder des Personalrates reichten diesen Betrag für einen guten Zweck weiter. 750 Euro nahm der Chefarzt des Kath. Klinikums St. Hildegardis, Mainz, Prof. Dr. Roland Hardt (links) entgegen. Die Spende soll mithelfen, einen Handdoppler zu beschaffen, mit dem u. a. das Schlaganfallrisiko untersucht werden kann. Eine Spende in gleicher Höhe ging an den Arbeitskreis Integration an der Pestalozzi Hauptschule Mainz-Mombach zur Finanzierung einer Abschlussfahrt eines gelungenen Projektes. Der Leiter des Projektes, Dr. Peter Hennes (Mitte) nahm den Scheck entgegen.

Foto: Klaus Benz

Rebensaft wird Kunst

„Rotweinprotokolle“ im Abgeordnetenhaus

Dass Politiker auch mal gerne Rotwein trinken, wer will es ihnen verübeln – und in Rheinland-Pfalz ist das sicher auch eine der schönsten Formen der Mittelstandsförderung. Dass man aber auch mit Rotwein malen und anspruchsvolle Kunst herstellen kann, beweist bei der nächsten Ausstellung in der Reihe „Kunst im Abgeordnetenbüro“ die Künstlerin Hella Nohl.

Der Landtagsabgeordnete Manfred Geis hat sie eingeladen, Malerei, Schrift und Objekte zu präsentieren, die sich alle mit Reben und Wein beschäftigen. Die 1939 geborene Künstlerin hat anfangs der 1960er Jahre in Mainz Kunstpädagogik und Kunstgeschichte studiert und nach jahrzehntelanger Lehrtätigkeit seit 1986 ihre eigene künstlerische Arbeit intensiviert und sich seit Mitte der 1990er Jahre mit dem Thema „Wein“ auseinandergesetzt.

Hella Nohl erforscht und nutzt Rotwein mit seinen Farbnuancen als Gestaltungsmittel seit 1998. So sind die „Rotweinbilder“ und die „Rebschrift“ entstanden, dazu Projekte und Objek-

te zum Thema Wein. Die renommierte Gießener Galerie Wosinsky vertritt die Künstlerin, die regelmäßig im In- und Ausland ausstellt und deren Werke in vielen öffentlichen und privaten Sammlungen zu finden sind.

Die Ausstellung wird am Dienstag, 28. August 2007, um 19.30 Uhr, im Abgeordnetenhaus des Mainzer Landtags eröffnet. Zur Einführung spricht die Kunsthistorikerin Dr. Irene Schütze. Unterstützt wird die Veranstaltung vom Deutschen Weininstitut, Mainz, und wie die ganze Reihe von der Sektkellerei Schloß Wachenheim.

Manfred Geis hat sich aus seiner pfälzischen Heimat zwei prominente Gäste zur Mitgestaltung der Vernissage eingeladen: Katja Schweder, die Deutsche Weinkönigin, und Kurt Beck, der Ministerpräsident des Landes, werden Grußworte sprechen.

Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 28. September 2007, montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr, und jederzeit nach Vereinbarung. Telefon: 06131/208-3236 oder E-Mail: manfred.geis@spd.landtag.rlp.de

„Stillstand ist Rückschritt“ CDU-Arbeitskreis „Recht“ besuchte Landessozialgericht



„Reisen bildet – selbst wenn der Weg nur über die Straße führt“, so das Fazit des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Wilke, zum Besuch des Landes sozialgerichtes. Zusammen mit dem Arbeitskreis Recht informierte sich Wilke über die Entwicklung des Sozialrechts und die allgemeine Geschäftslage der Sozialgerichtsbarkeit. Die Parlamentarier waren von Ralf Bartz wenige Tage vor seinem Amtsantritt als neuer Präsident des Oberlandesgerichts eingeladen worden.

In der leidenschaftlichen Diskussion zeigten sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede. So unterstützten die CDU-Abgeordneten den maßvollen Sparkurs des scheidenden LSG-Präsidenten. Die Meinungen gingen allerdings auseinander in der Frage, ob die Verwaltungs- und Sozialgerichtsbar-

keit zusammengeführt werden sollten. Bartz unterstützte diesen Vorschlag, während die CDU-Politiker erst die notwendigen Weichenstellungen auf Bundesebene abwarten wollten. Umstritten war auch das Thema der Mediation. „Hierbei handelt es sich nicht um etwas Neues, da es bereits das Rechtsgespräch mit den Beteiligten gibt, um sich gütlich zu einigen. Im Grunde geht es nur darum, die Methoden der Streitvermittlung zu modernisieren“, stellte Dr. Axel Wilke fest.

Abschließend lobten die Parlamentarier die rheinland-pfälzische Sozialgerichtsbarkeit als „modern“. Allerdings mahnte Wilke, sich „nicht auf den Lorbeer auszuruhen“. Stillstand sei Rückschritt. Die CDU-Fraktion werde weiterhin Modernisierung unterstützen und immer als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.